

Der Staat als Symbol des Bösen

Antidemokratisches Gewaltpotential, Rassismus und Identitätsverlust als Triebkräfte des Rechtsterrorismus in Amerika

Dr. Dieter Dettke, geb. 1941 in Busendorf/Kreis Teltow, Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie und Geschichte in Bonn, Straßburg, Berlin und Seattle/USA, ist seit 1985 Leiter des Büros Washington der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er war vorher wissenschaftlicher Referent der SPD-Bundestagsfraktion und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Am 19. April 1995 erlebten die Vereinigten Staaten in Oklahoma City den bisher schlimmsten Anschlag auf die eigene Regierung in Friedenszeiten. Die Folge: 168 Tote und zahlreiche Verletzte. Auf der Suche nach den Tätern hat das FBI bisher zwei Verdächtige verhaftet: Timothy McVeigh und Terry Lynn Nichols. Handelt es sich um Einzeltäter oder um ein organisiertes Verbrechen? Selbst wenn es sich - wie nicht auszuschließen ist - um ein isoliertes Verbrechen handelt, weisen Tatobjekt und soziale Beziehungen der bisherigen Verdächtigen doch auf eine gezielte Aktion gegen die amerikanische Regierung hin und nicht auf einen blinden Akt der Gewalt.

I.

McVeigh und Nichols haben Beziehungen zu den sogenannten „*Militias*“, paramilitärische Milizen, die vor allem in den vergangenen zwei Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Die Militia-Welle ist eine Gegenbewegung zu „gun control“, jenem Versuch, mit Hilfe von Maßnahmen zur Einschränkung des privaten Waffenbesitzes die Gewaltkriminalität in Amerika zu bekämpfen. Die Milizen berufen sich auf den zweiten Zusatz zur Verfassung der Vereinigten Staaten, in dem es heißt: „Eine gut geordnete Miliz ist Voraussetzung für die Sicherheit eines freien Staates, das Recht der Bürger, Waffen zu besitzen und auch zu tragen, ist unverzichtbar.“ Einschränkungen des privaten Waffenbesitzes zu verhindern ist sicherlich der Hauptgrund für die Entstehung von paramilitärischen Milizen in zahlreichen Bundesstaaten, aber die politischen Ziele dieser dezentral operierenden Gruppen erstrecken sich auch auf andere Gebiete. Sie arbeiten dabei mit den modernsten Mitteln der Kommunikationstechnologie und entfalten nicht zuletzt dadurch erhebliche Wirkung. Im Kern geht es darum, den Einfluß der Bundesregierung auf den einzelnen Bürger insgesamt zurückzuschrauben, zum Beispiel auch wenn es um Steuern geht oder im Bereich der Erziehung und Ausbildung, auf dem

Gebiet des Umweltschutzes und in der Frage der Abtreibung. Der Zusammenhang zwischen Gewaltkriminalität und privatem Waffenbesitz wird von den *Militias* schlicht geleugnet oder geflissentlich übersehen. Es kann jedoch kaum Zweifel geben: Die Gewaltkriminalität hat sich zu einem Krebsgeschwür der amerikanischen Gesellschaft entwickelt. Allein in der amerikanischen Hauptstadt Washington DC gibt es bei einer Einwohnerzahl von ca. 600 000 mehr als 400 Mordfälle pro Jahr. Die Vereinigten Staaten haben weltweit mit die höchste Zahl von Gefängnisinsassen pro Kopf der Bevölkerung.

Ein Opfer von Gewaltkriminalität, Präsident Reagans ehemaliger Pressesprecher Jim Brady, hat sich zum Fürsprecher eines Gesetzgebungsvorhabens gemacht, das den Zugang zu besonders gefährlichen Waffen für Privatpersonen unter strengere Kontrolle stellen sollte. Ziel der sogenannten Brady-Bül war es, eine Wartezeit von fünf Tagen bei Waffenkäufen einzuführen. In einem weiteren Gesetzgebungsvorhaben der Clinton-Administration zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität wurde der Privatbesitz von sogenannten Angriffswaffen, Maschinenpistolen und anderen automatischen Waffen untersagt. Trotz erheblicher Widerstände im Kongress fanden beide Gesetzesvorhaben Zustimmung im Senat und Repräsentantenhaus. Im Lande regte sich jedoch zum Teil heftiger Widerstand und eine Form des Widerstandes gegen die Waffenkontrollgesetzgebung war die Gründung von Milizen in zahlreichen Bundesstaaten.

Nach dem tragischen Vorfall in Waco/Texas, wo eine fanatische Sekte namens Branch Davidian einen selbstmörderischen Widerstand gegen die Regierung bis zum Exzeß steigerte und, um der Festnahme zu entgehen, ein mörderisches Inferno inszenierte, nahm der Haß auf die Regierung in Militia-Kreisen gewaltig zu. Die Tragödie von Waco ereignete sich am 19. April 1994. Vier Beamte und 75 Sektenmitglieder, einschließlich des Anführers David Koresh, kamen dabei ums Leben. Daß der Anschlag von Oklahoma City am 19. April 1995 stattfand ist vermutlich kein bloßer Zufall. Nicht weniger wichtig für den gesteigerten Haß der Militias auf die amerikanische Bundesregierung war der Zwischenfall von Ruby Ridge/Idaho, wo ein weißer Rassist namens Randy Weaver sich mit Waffengewalt der Festnahme zu entziehen versuchte. Ergebnis: drei Tote, darunter ein Polizist sowie die Frau und der Sohn Weavers. Der Zwischenfall von Ruby Ridge ereignete sich ebenfalls am 19. April, allerdings schon 1992. Um Waco und Ruby Ridge ranken sich in Militia-Kreisen ganze Legenden über die Bösartigkeit des Staates: „the beast“, wie man die amerikansiche Bundesregierung dort nennt.

Eine weitere Legende im Zusammenhang mit dem 19. April betrifft die Vollstreckung des Todesurteils gegen den weißen Rassist Richard Wayne Snell, der am 19. April 1995 wegen Mordes an einem Polizisten in Arkansas hingerichtet wurde. Am 19. April 1995 wurde auch das Alfred P. Murrah-Building in Oklahoma City mit einem Sprengsatz von ungeheurer Detonationskraft in Schutt und Asche gelegt. Wie die New York Times in einem Artikel von 20. Mai berichtet, soll Richard Wayne Snell angeblich vor 12

Jahren den Plan entwickelt haben, dasselbe Gebäude mit derselben Methode, die von Timothy McVeigh und Terry Lynn Nichols angewandt wurde, in die Luft zu sprengen. Snell stammt aus Oklahoma und die Fäden für diesen ersten Plan, ein Gebäude der Bundesregierung in Oklahoma City in die Luft zu sprengen, laufen in Fort Smith/Arkansas, zusammen, wo Snell im Gefängnis war. McVeigh machte sich in der näheren Umgebung von Fort Smith einer Verkehrsgesetzübertretung schuldig. 1988, fünf Jahre nachdem dieses erste Komplott zur Zerstörung eines Gebäudes der amerikanischen Regierung geschmiedet worden war, kam es zu einem Prozess gegen 14 als Rassisten bekannte Angehörige von rechtsextremistischen Organisationen wie die neonazistische Bewegung Aryan Nations und führende Mitglieder des Ku-Klux-Klan. Gegen 10 Angeklagte, darunter Snell, der wegen Polizistenmordes in der Todeszelle saß, wurde Anklage wegen des Versuchs, die Regierung zu stürzen, erhoben. Die Angeklagten wurden jedoch freigesprochen. Als Grundlage für das Komplott sollen den Angeklagten die sogenannten Turner Diaries gedient haben. Der Autor der Turner Diaries wiederum, William Pierce, unterhält enge Kontakte zur deutschen Neonaziszene. Der Grund für das damalige Komplott von Mitgliedern rechtsradikaler Vereinigungen war der Tod eines Aktivisten der rechtsradikalen Vereinigung. Posse Comitatus, mit Namen Gordon Kahl. Er weigerte sich, Steuern zu zahlen und wurde bei einer Festnahme-Aktion von der Bundespolizei erschossen. Mit diesem Fall Anfang der achtziger Jahre soll der Widerstand der Milizen gegen die amerikanische Regierung begonnen haben.

II.

Politikverdrossenheit ist kein neues Phänomen in Amerika und auch rechtsextremes, rassistisches und antidemokratisches Denken hat es als Randerscheinung in der amerikanischen Demokratie immer gegeben. Einer der ältesten rechtsterroristischen Geheimbünde in den USA ist der *Ku-Klux-Klan*. 1865 in Tennessee als Zusammenschluß weißer Farmer im Kampf gegen die Aufhebung der Sklaverei und gegen das Wahlrecht der Schwarzen gegründet, hatte der Ku-Klux-Klan auf dem Höhepunkt seiner Macht in den zwanziger Jahren zwischen vier und fünf Millionen Mitglieder. Trotz Auflösung durch ein Bundesgesetz im Jahre 1871 wurde der Ku-Klux-Klan 1915 wiedergegründet und richtete sich danach vor allem gegen neue religiöse und ethnische Minderheiten, vor allem gegen Schwarze, Katholiken und Juden. In den sechziger Jahren - jetzt allerdings nur noch 30 000 oder 40 000 Mitglieder umfassend - agierte der Klan gegen die Bürgerrechtsbewegung und die Rassenintegration. Der Ku-Klux-Klan wirbt auch in Deutschland um Mitglieder und fördert den deutschen Rechtsradikalismus nach besten Kräften. Offene Unterstützung findet er zum Beispiel in den Zeitungen und Zeitschriften der Skinheads. Im Denken und Handeln steht der Ku-Klux-Klan aber auch anderen Kreisen des Rechtsradikalismus in Deutschland nahe.

In den sechziger Jahren hatte die 1958 gegründete rechtsradikale *John Birch Society* mit ihrem militanten Antikommunismus erheblichen Einfluß in

Amerika. In den siebziger Jahren hatte diese nach dem Führungsprinzip aufgebaute Organisation noch immer ca. 90000 Mitglieder. Sie nennen sich selber „Amerikanisten“ und glauben an die große „Weltverschwörung“. Das sogenannte Blaue Buch, genau: „The Blue Book of the John Birch Society“, zuerst erschienen im Jahre 1959, zuletzt 1995 in 5. Auflage gedruckt, ist noch immer eine Art Bibel der Verschwörungstheorien. Nichts habe sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus geändert. Es gehe - so heißt es im Vorwort zur 5. Auflage - noch immer um die große Weltverschwörung, die jetzt im Gewände der neuen „Weltordnung“ auftrete. Seit Adam Weishaupt und den bayerischen „Erleuchteten“ von 1776 sei es der Weltverschwörung immer um dasselbe Ziel gegangen, eine „neue Ordnung“, eine „neue *Zivilisation*“ zu errichten. In der Tradition der „Erleuchteten“ standen die Französische Revolution, die von der John Birch Society als ein Holocaust bezeichnet wird, und der Kommunismus. Heute sind es die UNO, die neue „Weltordnung“ und alle Versuche, eine internationale Ordnung zu errichten. All dies sei Satans Werk von Beginn an, und deshalb ist das Ziel der Amerikanisten der Kampf gegen die Aufklärung. Sie wird als der eigentliche Sündenfall betrachtet und seither gehe es darum, sich gegen diese Verschwörung in verschiedenem Gewände zur Wehr zu setzen.

III.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit des Ku-Klux-Klan wie auch die von der John Birch Society in die Welt gesetzten Verschwörungstheorien finden nach wie vor zahlreiche Anhänger in den USA. Die Empfänglichkeit für den Extremismus hat sich durch die Wirkung der neuen Medien und eine Öffentlichkeit, die durch Internet, Computer und neue Kommunikationstechnologien beherrscht wird, sogar weiter verstärkt. Auf der Grundlage der neuen Medien ergeben sich zwar auch für den demokratischen Diskurs neue Dimensionen, aber zugleich eröffnen sich dem Extremismus ungeahnte Möglichkeiten. Die völlig unbehindert verbreiteten verschwörerischen Unterstellungen im Anschluß an den Bombenanschlag von Oklahoma weisen auf Probleme hin, die nicht mit den Mitteln des Verbots zu fassen sind. Hier hilft nur mühsame Aufklärung. Auch extremistische Äußerungen und Meinungen stehen unter dem Schutz der Meinungsfreiheit. Eine berechtigte Sorge ist allerdings, daß bei so ungeniert verbreiteten Unterstellungen möglicherweise ein Abstumpfungsprozeß in der amerikanischen Bevölkerung in Gang gesetzt wird, der gegenüber tatsächlichen Angriffen auf die Demokratie Schutzlosigkeit und Handlungsunfähigkeit zur Folge haben kann.

Immer häufiger werden auf diese Weise Unterschiede zwischen legitimen Formen der politischen Auseinandersetzung und der politischen Manipulation verwischt. Ein Beispiel für das allmähliche Vordringen extremistischer Positionen sind Öffentlichkeitsarbeit und Methoden des christlichen Fundamentalismus und seiner politischen Repräsentation. Die *Christian Coalition* in den Vereinigten Staaten sucht mit ihren Vorstellungen bewußt die Öffent-

lichkeit und arbeitet mehr nach außen als nach innen. Die Hauptfunktion ihres Geschäftsführers Ralph Reed ist die Außenwirkung und der Versuch, die Republikanische Partei, Mitglieder des Kongresses und die breite Öffentlichkeit auf Positionen der Christian Coalition in Fragen der Abtreibung, der Sexualität und der „Sauberkeit“ von Kunst und Medien (Pornographie) festzulegen. Die Christian Coalition scheut dabei auch nicht vor emotional aggressiven Kampagnen zurück. Ihr stehen dabei zum Teil eigene Fernsehsender zur Verfügung.

Einer der wichtigsten politischen Repräsentanten des christlichen Fundamentalismus ist der Fernsehprediger und ehemalige Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei, Pat Robertson. Robertson besitzt einen eigenen Fernsehsender, den er nicht nur für die Übertragung von Gottesdiensten und christlichen Nachrichten, sondern auch systematisch für handfeste politische Zwecke benutzt. Robertson versucht, unter christlichem Gewände und mit den modernsten Mitteln den politischen Prozeß zu beeinflussen. Pat Robertson und seine Bewegung sind die moderne Variante der John Birch Society, und sein Buch „The New World Order“ ist eine moderne Fassung des Blauen Buches der John Birch Society. Robertson setzt die Verschwörungstheorie des Blauen Buches in mancher Hinsicht sogar noch aggressiver fort und stellt eine unmittelbare Verbindungslinie her zwischen dem Weißen Haus, dem State Department, dem Council on Foreign Relations, der trilateralen Kommission, den Geheimbünden und den sogenannten „New Agers“. Die Überschneidung mit dem Extremismus ist perfekt.

Robertson kandidierte 1988 für die Präsidentschaft. Er wird zwar unmittelbar nicht wieder in die politische Arena steigen, aber indirekt übt er weiterhin starken Einfluß innerhalb der Republikanischen Partei aus. Seine Anhänger beherrschen den Parteiapparat der Republikaner in zahlreichen Einzelstaaten. Besonders stark ist sein Einfluß im Staate Virginia.

Fließend ist der Übergang zwischen den legitimen Formen der politischen Auseinandersetzung und der extremistischen Manipulation auch bei ROSS Perot und seinem neuen Populismus. In mancher Hinsicht zieht ROSS Perot nach klassischem libertären Muster gegen Staat und Bürokratie zu Felde, aber paranoide Verschwörungstheorien sind ihm keinesfalls fremd. Zum Beispiel unterstellt er dem Ex-Präsidenten George Bush und Henry Kissinger in der Frage der in Vietnam als vermißt zurückgelassenen US-Soldaten eine Verschwörung gegen das amerikanische Volk. Die amerikanische Bundesregierung und die Republikanische Partei verdächtigt er auch, sein Privatleben auszuspähen und die Hochzeit seiner Tochter zu sabotieren. Von hier aus bis zur Wendung der Regierungsfurcht ins Extreme ist es nicht mehr weit. Auch ROSS Perot hat nahezu ungehinderten Medienzugang, und er nutzt diesen Zugang durchaus für manipulative Zwecke.

In der Nähe des Extremismus bewegt sich auch der isolationistische Nationalismus von Pat Buchanan. Buchanan war selber Fernsehkommentator,

bevor er sich mit einem extrem konservativen und nationalistischen Programm in den Präsidentschaftswahlkampf stürzte. 1992 konnte er immerhin Anfangserfolge gegen den amtierenden Präsidenten, George Bush, erzielen. Pat Buchanan wird auch 1996 wieder in den Wahlkampf ziehen und ihn als christlichen Kulturkampf gegen Wertewandel, Werteverlust und alles Postmoderne und Multikulturelle anlegen. Auch rassistische und antisemitische Neigungen werden ihm nachgesagt. Die Art und Weise, in der er die christliche Kultur als höherwertig gegenüber allen anderen Kulturen heraushebt, könnte durchaus eine Bestätigung dieser Vermutung sein. Die amerikanische Kultur sieht er von innen bedroht und auch der Republikanischen Partei traut er nicht, wenn es um Patriotismus geht. Verdächtig oft spricht er von der „Manhattan Money Power“ und nennt die Republikanische Partei nicht „Grand Old Party“, wie sie eigentlich heißt, sondern ein politisches Aktionskomitee von Goldman und Sachs. Die Nennung jüdischer Namen im Zusammenhang mit Geld reicht seinen Anhängern sicher aus, um daraus die richtigen extremistischen Schlüsse zu ziehen. Mehr oder weniger offen fördert Buchanan auch die Verschwörungstheorien der John Birch Society und der neuen Weltordnung von Pat Robertson. Seine Ablehnung der UNO, der Weltbank, des GATT, NAFTA und des Programms zur Rettung des mexikanischen Peso verbindet er häufig mit dem Satz, daß niemand in Amerika diese neue Weltordnung wolle.

Extremistischer Parolen bedient sich auch die National Rifle Association (NRA), wenn sie z. B. ihre politischen Kampagnen zur Verhinderung jeglicher Beschränkungen des privaten Waffenbesitzes lanciert. Ex-Präsident Bush sah sich jüngst genötigt, seine Mitgliedschaft aufzukündigen, weil Vertreter der NRA Bundespolizisten wegen des Gebrauchs von Waffen gegen Gesetzesbrecher als Gangster in Springerstiefeln (jack-booted thugs) bezeichnet haben. Die NRA ist eine der mächtigsten Massenbewegungen in den USA und in der politischen Kampagnenfähigkeit sicher nicht zu unterschätzen. In Deutschland müßte man wohl den ADAC zum Vergleich heranziehen, um die politischen Einflußmöglichkeiten der NRA richtig zu verstehen.

IV.

Seit den tragischen Ereignissen von Waco und Ruby Ridge verdichten sich die Identitätsängste und Bedrohungsperzeptionen zu einem explosiven Gemisch. Die Milizen sehen sich in einer Art Notwehrsituation gegenüber dem übermächtigen Staat und organisieren den bewaffneten Widerstand. Es herrscht Wagenburg-Mentalität und zugleich ist man auf der Suche nach Märtyrern, um dem Glauben an die eigenen Verschwörungstheorien Nahrung zu geben.

Um den potentiellen Gebrauch militärischer Gewalt aus ihrer Sicht zu rechtfertigen, ziehen sie Verrat durch die eigene Regierung heran und verbreiten eine Atmosphäre des Hasses auf die Regierung. Sie reden und handeln so, als ob der Angriff auf die Vereinigten Staaten und die Invasion Ame-

rikas unmittelbar bevorstünden. Als Grundlage für diese neue, gesteigerte Form des Hasses auf die Regierung dient den Milizen häufig eine neue Verschwörungstheorie, die in den „Turner Diaries“ nachzulesen ist. Dort kommt es zum Sturz der Bundesregierung und im Anschluß daran zur systematischen Ausrottung von Schwarzen und Juden. Hinzu kommen gesellschaftliche Verhältnisse, die durch immer komplexere soziale Strukturen, latente Bedrohung durch Arbeitsplatzverlust, rapiden ökonomischen Wandel, Anpassungsprobleme im Übergang zu einer postmodernen Gesellschaft und Identitätsängste in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft gekennzeichnet sind. Gesellschaftliche Umbrüche, wie sie in der Tofflerschen Theorie der Dritten Welle angesprochen und vorweggenommen werden, sind ein guter Nährboden für extremistische Reaktionen.

Während Politiker und Positionen der Mitte in Amerika immer mehr Mühe haben, in den Medien auf seriöse Art und Weise präsent zu sein, finden Radikalismus und Extremismus sehr viel leichter Abnehmer. Wenn es um die Übertragung einer Rede des Präsidenten im amerikanischen Fernsehen geht, muß Bill Clinton bei den großen Fernsehanstalten als Bittsteller auftreten. Demgegenüber findet Rush Limbaugh in seinen Radio- und Fernseh-Talk-Shows, gerade weil er so extreme rechtsradikale Positionen vertritt, eine beeindruckende Zahl von Zuhörern. Als Folge seiner gewaltigen Medienpräsenz ergibt sich ein immer leichter Zugang zum „offiziellen“ Amerika. Der Absatz von Büchern von Rush Limbaugh ist rasant, und Aufkleber mit dem Slogan „Rush Limbaugh for President“ sind nicht selten. Die im Herbst 1994 neu gewählten Republikanischen Mitglieder des *House of Representatives* luden ihn und Ralph Reed, den führenden Kopf der Christian Coalition, als Gastredner auf einer Veranstaltung ein, die zur politischen Orientierung der neuen Mitglieder des Kongresses auf der Republikanischen Seite dienen sollte.

Was sich in Amerika auf der Grundlage neuer Kommunikationsmittel anbahnt, hat ernstzunehmende Folgen für die Demokratie und die Rahmenbedingungen für den politischen Diskurs in einer demokratischen Gesellschaft. Auffällig ist dabei vor allem die Tatsache, daß es für die Verbreitung von Informationen kaum noch Möglichkeiten der Unterscheidung gibt - zwischen Tatsachen und Meinungen einerseits und zwischen begründetem Verdacht und paranoider Unterstellung andererseits. Vor allem seit Vietnam ist in Amerika vieles ins Rutschen gekommen. Der Watergate-Skandal und die Iran-Contra-Affäre haben nicht gerade dazu beigetragen, die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Politik zu stärken.

In einem solchen Klima haben auch paranoide Verdächtigungen und Verschwörungstheorien eine gute Chance, auf Medienempfänglichkeit zu stoßen. Die Folge ist, daß paranoides Denken immer stärker zum Bestandteil der politischen Kultur wird. In seinem Aufsatz „The Road to Paranoia“¹ weist

1 In: The New Yorker, 19. Juni 1995.

Michael Kelley in diesem Zusammenhang zu recht daraufhin, daß es in Amerika fast zum guten Ton zu gehören scheint, wenn in Büchern, Videos und Reden zum Teil schwerste Anschuldigungen gegen die politische Führung und den amtierenden Präsidenten erhoben werden, darunter: Drogenschmuggel, Waffenschmuggel, Mord und die Beteiligung an internationalen Finanzskandalen. Auch gegenüber Präsident Bush wurden bereits Anschuldigungen ähnlicher Art vorgebracht.

V.

Paramilitärische Milizen sind heute die extremsten Manifestationen von Politikverdrossenheit, Frustration sowie politischer und sozialer Unzufriedenheit. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten steht die Vorbereitung auf die wohl unvermeidbare bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Erzfeind, dem Staat und den Organen der Staatsgewalt.

Die paramilitärischen Milizen erhalten Zulauf von sehr unterschiedlichen Strömungen:

- Christliche Identität: eine rassistische Theologie, die daran glaubt, daß die Nordeuropäer das auserwählte Volk Gottes seien, während Juden angeblich vom Satan abstammen. Der Ku-Klux-Klan, verschiedene Gruppen, die sich als „Aryan Nation“ bezeichnen und die WAR-Bewegung (White Aryan Resistance Movement) speisen sich aus dieser rassistischen Ideologie.
- Die Konstitutionalisten, die unter Berufung auf die amerikanische Verfassung die amerikanische Staatsbürgerschaft auf Weiße zu beschränken versuchen und die in der gegenwärtigen Rechtspraxis in den Vereinigten Staaten eine Verschwörung gegen das „wahre“ Amerika sehen.
- Die Steuerprotestier, die dazu aufrufen, die Zahlung von Bundessteuern zu verweigern.
- Die Gemeindebewegung, die jenseits des „county government“ keine staatliche Autorität anerkennt.
- Second-Amendment-Gruppen, die in der Waffenkontrolle eine Verletzung der Rechte aus dem zweiten *Zusatz* zur amerikanischen Verfassung erblicken und jede Beschränkung des Waffenbesitzes bekämpfen.

Durch den Terroranschlag von Oklahoma City sind die paramilitärischen Milizen stärker ins Blickfeld der Medien und der Politik gerückt. Ein Unterausschuß des Justizausschusses des Senats, der Unterausschuß für „Terrorismus, Technologie und Regierungsinformation“ (Subcommittee on Terrorism, Technology and Government Information) unter Vorsitz des Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei, Senator Arien Specter, sah sich genötigt, am 15. Juni 1995 ein Hearing abzuhalten und dabei Vertretern der paramilitärischen Milizen ein öffentliches Forum zu geben. Die Anhörung wurde von C-Span in ganzer Länge im Fernsehen übertragen. Was dabei herauskam, hat sicher auch dazu beigetragen, die Milizen der amerikanischen Öffentlichkeit als das vorzuführen, was sie sind: Anhänger von Ver-

schwörungsvorstellungen mit paranoidem Charakter, in mancher Hinsicht tatsächlich krankhaft. Allerdings ist Vorsicht geboten, denn es handelt sich im Kern um eine neue Welle der politischen Intoleranz.

Das gesamte Spektrum rechtsradikalen Denkens in Amerika fließt bei den paramilitärischen Milizen zusammen: von Haß genährter Rassismus, faschistische Gewaltbereitschaft, zum Protest gesteigerter libertärer Individualismus, Identitätsängste und das Gefühl der Bedrohung durch staatliche Gewalt.

Bunt zusammengewürfelte Verschwörungstheorien stehen bei den Militias hoch im Kurs. Zum Beispiel wird verbreitet:

- Schon seit 50 Jahren werde eine Invasion Amerikas von einer Gruppe von Vertretern internationaler Finanzinteressen vorbereitet.
- Eine geheime Weltregierung habe bereits Truppen in die Vereinigten Staaten eingeschleust. Ihr Kennzeichen: schwarze Hubschrauber.
- Alles, was die Weltregierung nur noch zu tun brauche, sei, das Signal zur Besetzung des Landes zu geben und schon würden alle, die Widerstand leisten, in Straflager verbracht.

Man erinnere sich: Mitte der achtziger Jahre - Reagans Kommunistenfurcht war hoch im Kurs - lief als Fernsehfilm in mehreren Folgen eine russische Invasion unter dem Titel „Amerika“ über die Bildschirme. Als Ronald Reagan an die Regierung kam, wurde seine Wahl und spätere Amtsübernahme von allerhand Verschwörungstheorien begleitet, die auch honorige Institutionen wie den *Council on Foreign Relations*, die trilaterale Kommission, die Vereinten Nationen, die Weltbank und andere internationale Institutionen, mit dem Generalverdacht belegten, gegen Amerika zu sein. Die amerikanischen Zeitungen und Journalisten wurden durchaus auch als Teil der Verschwörung gegen Amerika angesehen. Deshalb geben manche Militzionäre, wie zum Beispiel Mark Koernke, der wohl geschickteste Verkünder von Verschwörungstheorien, sämtlichen Medien grundsätzlich keine Interviews. Zu dem Informationsmaterial, das Koernke seinen Zuhörern zeigt, gehört ein zweistündiger Videofilm mit dem Titel „Amerika in Gefahr“. Im übrigen ist er Host einer Radio-Talkshow für einen Kurzwellensender.

VI.

Wie stark die Milizen wirklich sind, ist schwer einzuschätzen. Manche behaupten, es gebe Organisationen auf lokaler Ebene in allen 50 Staaten Amerikas. Die Mitglieder werden auf 15 000 bis weit über 100 000 geschätzt. Sicher kommt man zu ziemlich hohen Mitgliederzahlen, wenn man von den Teilnehmern und den zahlreichen Werbe- und sonstigen Veranstaltungen der Milizen ausgeht. Nach dem Bombenanschlag von Oklahoma ist das Interesse und die Bereitschaft, sich in den Milizen zu engagieren, jedoch deutlich zurückgegangen. Trotzdem sollte man den Grad der Gefährdung des demokratischen Diskurses, der in der Entstehung von Milizen erkennbar wird,

nicht unterschätzen. Es handelt sich um bewaffnete Intoleranz und das amerikanische Beispiel könnte auch in anderen Ländern Schule machen.

Was ist zu tun? Zunächst gilt es aufzuklären und die wirkliche Stärke (Mitgliederzahlen, Aktivitäten) genau zu erfassen. Viele Aktivitäten der Milizen sind völlig legal und als ganz normale bürgerliche Betätigungen zu verstehen. In vielen Fällen wird von ihnen aber auch rechtswidriger und deshalb nicht akzeptabler Druck, sogar Gewalt gegen Beamte der Bundespolizei und andere Institutionen der Regierung, ausgeübt. In diesen Fällen muß mit aller Härte des Gesetzes vorgegangen werden. Die Rechtsprechung auf Länderebene ist in den USA in mancher Hinsicht zu nachsichtig. Hier müßte ein Stück Einheitlichkeit in der Schärfe des Gesetzes herbeigeführt werden.

Wichtig im internationalen Bereich ist die Aufdeckung von Verbindungslinien und Kommunikationssträngen. In Deutschland dienen diese Kontakte häufig dazu, Verbote zu umgehen. Alle Versuche, die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts zu unterbinden, können damit zunichte gemacht werden. Die damit verbundenen Probleme gehören auf die Tagesordnung deutsch-amerikanischer Konsultationen auf allen Ebenen, auch der höchsten.